

Liebe Genossinnen und Genossen



wir möchten uns heute für ein AfD-Verbotsverfahren stark machen.

Da geht es im ersten Schritt ohnehin nur um den Prüfauftrag nach §21 des Grundgesetzes und dafür wird es höchste Zeit. Bei dieser Prüfung geht es darum, ob diese Partei verfassungswidrig ist oder nicht und ehrlich gesagt wissen wir das doch längst alle. Wir verkneifen uns hier eine Aufzählung all der Hinweise auf das faschistische Gedankengut dieser Partei. Schon Anfang 2018 – also vor fast sieben (!) Jahren haben wir den Jahrestag der letzten freien Rede von Otto Wels im Reichstag zum Anlass für

eine Mahnwache in Ihringen genommen und gefragt: Wer hat es gesagt? AfD oder NSDAP? Das war gar nicht so einfach und jetzt nach den vielen Jahren hat man das ein oder andere Zitat aus blaubraunem Mund auch nicht mehr so parat, dass man es sicher zuordnen könnte.

Seither hat sich die Partei noch einmal deutlich weiter radikalisiert und wer jeweils eine Rede der Spitzenkandidatin im Bundestag gehört hat, der schämt sich für solche Hassausbrüche im Reichstag.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Bundesparteitag in Berlin	3
Zum 80. Todestag von Julius Leber	5
Sechs Monate im Gemeinderat: Ein persönliches und politisches Fazit	7
Ungenügender Inflationsausgleich für Rentner: Eine wachsende Belastung	9
Wahlkampf heisst Plakate	10
Die Mär von unserer Faulheit	13
Mittelschicht statt Millionäre!	14
Europa Update	15
Impressum	15
Termine, Termine	15



Wer hat's gesagt? NSDAP oder AfD (2018)

Was für Beweise brauchen wir also noch?
Wovor haben wir Angst?

Ja, die Latte für ein Parteienverbot liegt hoch und lag in der Vergangenheit tatsächlich oft zu hoch. Wir fragen uns allerdings, ob ein Gesetz noch einen Wert hat und unsere Demokratie schützen kann, wenn man in furchtvoller Starre selbst von recht aussichtsreichen Fällen die Finger lässt. Immerhin forderten in einem offenen Brief jüngst über 360 Juristen ein solches Verfahren.

Ebenso gibt es Stimmen, die selbst in einem Scheitern vor Gericht einen Erfolg sehen. Denn dann hätte allein das Damoklesschwert eines Verbots die Partei befriedet und eingenordet. Schwer einzuschätzen, aber natürlich könnte ein sich hinziehendes Verfahren (und das wird lange gehen) wenigstens eine weitere Radikalisierung einschränken.

Bleibt das alte Argument gegen ein Verfahren: Man muss die Partei inhaltlich stellen. Das wird und kann nicht gelingen, denn es geht den AfD-Wähler:innen ja nicht um Inhalte. Argumentativ sind diese in der Regel nicht mehr ansprechbar und man müsste dann eben wieder über jedes Stöckchen springen, das sie einem hinhalten. Und Hand aufs Herz – das „inhaltlich stellen“

hat die letzten 11 Jahre nicht funktioniert. Warum sollte es das jetzt?

Kommende Woche steht der Antrag auf Prüfung eines AfD-Parteiverbotsverfahrens auf der Tagesordnung des Bundestags. Das SPD-Basis-Netzwerk #wirsindviele positioniert sich bereits mit zig Mandatsträger:innen, OV, KV und AGen im Netz und versucht, mit direkter Ansprache unsere Abgeordneten zu überzeugen, für diesen Antrag zu stimmen. Dies wird vermutlich unsere letzte Chance sein, einen solchen Antrag durchzubringen – nach der Wahl wird es – insbesondere mit Blick auf die CDU - keine Mehrheit mehr dafür geben.

Es ist also Zeit für ein Verbotsverfahren. Das bekehrt die Wähler:innen dieses Ladens zwar auch nicht, nimmt ihnen aber zunächst mal Projektionsfläche und – wichtiger noch – es schützt in jedem Fall unsere Demokratie und die sollte es uns wert sein. Um Erik Flügge zu zitieren: „Es wäre verzeihlich, wenn wir beim Versuch scheitern, die extremistische AfD zu verbieten, um unsere Demokratie zu schätzen. Es wäre unverzeihlich, wenn wir es nicht einmal versuchten.“

Und es liegt wieder an uns. Von der Brandmauer der Union ist Woche für Woche weniger übrig, wenn es sie denn jemals wirklich gab. Ehrlich gesagt, stellt sich mittlerweile schon die Frage, ob die Union schon nach dieser oder dann vielleicht erst nach der nächsten Bundestagswahl koalieren würde. Schöne Grüße aus Österreich?

In diesem Sinne: Geht zum Beispiel auf afd-verbot.jetzt.de und schreibt den MdBs. Wir beiden haben das getan.

Mit solidarischen Grüßen
Eure Tanja & Ossi



Bundesparteitag in Berlin

von Tanja Kühnel

Wie schon an gefühlt unendlich vielen Kreisparteitagen und diversen Landesparteitagen durfte ich jetzt zum zweiten Mal als Delegierte an unserem SPD-Bundesparteitag teilnehmen.

Ich mag Parteitage sehr. Ich erachte es als Privileg, zur Delegierten gewählt worden zu sein, um die Anliegen und Interessen unseres Kreises und/oder meiner Region vertreten zu dürfen. Und es ist etwas Besonderes und so gar nicht selbstverständlich, an diesen demokratischen Prozessen teilnehmen zu dürfen – ja sogar Teil hiervon zu sein.

Viele Menschen in vielen Ländern gehen für das Recht an politischer Teilhabe auf die Straße und kämpfen für ihre Demokratie, für freie Presse, für Mitbestimmung. Wir sollten uns ab und an wieder bewusst machen, wie gut wir in Deutschland aufgestellt sind.

Zurück zum Parteitag.

Anders, wie bei Kreis- oder Landesparteitagen war das Sicherheitsaufkommen beim Bundesparteitag enorm hoch. Vor dem Einlass wird dein Handgepäck kontrolliert. Vom Blick in die Brotdose, über den Start deines Laptops oder Tablettis bis hin zum Trinken eines Schlucks von mitgebrachten Getränken ist alles dabei. Auf dem Ausweis, den du sichtbar am Körper tragen solltest, ist markiert, welche Zonen du betreten darfst.



Wenn man bedenkt, dass neben dem Kanzler auch diverse Minister, die Parteispitze, etliche Abgeordnete und hochrangige Gäste anwesend waren, so ist das Sicherheitsaufkommen selbstverständlich gerechtfertigt. Sicherheitskräfte, Personenschützer, Polizei und BKA – alle machen ihren Job. Ich

für mich kann sagen, dass ich mich weder irgendwie beeinträchtigt gefühlt habe noch habe ich mich zu irgendeinem Zeitpunkt unsicher gefühlt. Und so soll es ja auch sein.



So ein Parteitag ist wie ein großes Familientreffen. Es finden sehr viele Gespräche „neben“ dem Parteitag statt. Man tratscht, man vernetzt sich, man sucht nach Gleich-

gesinnten für Anliegen. Und natürlich wird über Anträge beraten. Es wird viel debattiert. Ich kann verstehen, wenn sich an Antragsdebatten viele Menschen mit Redebeiträgen beteiligen. Andere wollen auch die große Bühne nutzen, um ihre Person oder ihre Orga etwas bekannter zu machen, was nicht unwichtig ist, wenn man für ein Amt oder Mandat kandidiert oder dies künftig vorhat. Trotzdem denke ich oft, dass man durchaus auf einige Redebeiträge verzichten könnte, wenn sie sich zum X-ten Mal inhaltlich wiederholen.



Auch frage ich mich oft bei einigen Redenden: Warum brüllen die mich so an? Ja, viele Debatten werden sehr emotional und laut geführt. Das gehört wohl dazu und muss dann eben so sein. Da stellen sich dann Hörgeräte endlich mal als Vorteil heraus. Die kann man bei Bedarf mal eben rausnehmen oder runterfahren.

Bei diesem Bundesparteitag stand die Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten im Mittelpunkt und natürlich ist es keine Überraschung, dass die Delegierten Olaf nominiert haben. Ein, wie ich finde, sehr

kreatives Wahlkampfauftakt-Video rundete den Tag ab und wir wurden mit ihm abgeholt – hinein in unsere Wahlkampf-Kampagne.



Für alle, die das Video noch nicht gesehen haben: Ihr findet das unter anderem auf dem WhatsApp-Kanal unserer SPD und könnt es dort auch direkt runterladen, um es weiter versenden zu können.



[SPD WhatsApp-Channel](#)

Hinweis: Man muss bei WhatsApp angemeldet sein, um auf den Kanal zugreifen zu können.

Zum 80. Todestag von Julius Leber

von Oswald Prucker

Am 5. Januar 1945 wurde der Sozialdemokrat Julius Leber in Berlin-Plötzensee erhängt. Eine Stele und eine Ausstellung auf der Rheininsel bei Breisach erinnern aktuell an den Widerstandskämpfer.



Julius oder Jules Leber wurde im elsässischen Biesheim geboren und ging in Breisach zur Schule. Unterbrochen vom Ersten Weltkrieg studierte er in Strasbourg und Freiburg, wo er dann auch in den Politikwissenschaften promovierte.

Seine Berufstätigkeit fand dann im hohen Norden in Lübeck statt, wo er als Chefredakteur des Lübecker Volksboten arbeitete und bald auch für die SPD in den Berliner Reichstag einzog.

Schon damals war er ein glühender Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, was er nach deren Machtübernahme rasch büßen musste: Zwischen 1933 und 1937 war er in Gefängnissen und Konzentrationslagern interniert. Danach ging er als Kohlehändler getarnt in den Widerstand und plante mit anderen ein Attentat auf Hitler. In dieser Zeit war er als Innenminister für eine Nachfolgeregierung vorgesehen. Die Pläne flogen auf, Leber wurde in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und schließlich gehängt.



Das Leben und Wirken Lebers wird nun anlässlich des 80. Jahrestages seines Todes in einer Ausstellung in der Art Rhena auf der Rheininsel bei Breisach gewürdigt, die heute (? Datum?) eröffnet wurde. Auf 14 Rollups werden Aspekte des Lebens und der Person Julius Leber beleuchtet und das sowohl in deutscher wie auch in französischer

Sprache. Sie ist auf der Rheininsel noch bis zum 23. Februar zu sehen.

Impression von der Eröffnung der Ausstellung zu Julius Leber. Es sind einige der Rollups der Ausstellung zu sehen.

Zusammengestellt und kuratiert wurde die Ausstellung von dem Politikwissenschaftler Dr. Marvin Gamisch, der von einem großen Team unterstützt wurde. Unter anderem mit dabei war die Breisacher Julius-Leber-Schule und das Blaue Haus.



Stele auf der Rheininsel bei Breisach.

Von der heutigen Eröffnung klingt mir ein Satz von Gamisch noch in den Ohren, der vielleicht wie kein anderer zeigt, nach welcher Überzeugung Leber lebte. Sinngemäß sagte Gamisch: Leber war zu seiner Zeit eigentlich weder im Elsass noch in Deutschland geschätzt oder angesehen, denn er wandte sich in beiden Ländern gegen den jeweiligen Nationalismus. Er war durch und durch Republikaner und das mit solcher Leidenschaft, dass er bereit war, dafür Haft

und Folter zu ertragen und letztlich für seine Überzeugung zu sterben.

Es ist sehr gut, dass Menschen wie ihm mittlerweile die Anerkennung zuteil wird, die sie verdienen. Die Ausstellung auf der Rheininsel ist da ein wichtiger aktueller Baustein. Auch die ebenfalls heute eingeweihte Gedenkstätte an der Rheinbrücke gehört dazu und es freut mich ganz besonders, dass mittlerweile auch aus Berlin das O.K. vorliegt und dann im Mai die Rheinbrücke in Julius-Leber-Brücke umbenannt wird.

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen müssen wir uns an solchen Beispielen orientieren.

Weitere Informationen:



[Katalog der Breisacher Ausstellung](#)



[Julius Leber in der Wikipedia](#)



[Julius Leber im Geschichtsportal des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold](#)



Sechs Monate im Gemeinderat: Ein persönliches und politisches Fazit

von Jennifer Beck

Die Neuwahl des Gemeinderats fand am 09. Juni 2024 statt – ein bedeutender Moment für unsere Gemeinde. Die Hälfte des gewählten Rats ist neu gewählt worden. In den letzten Monaten habe ich als Mitglied des Gemeinderats intensiv gearbeitet, stets mit dem Ziel, das Beste für unsere Gemeinde zu erreichen – und das in einer ganz besonderen Lebenssituation: Als frischgebakene Mutter mit einem Baby an meiner Seite war die Arbeit im Gemeinderat oft eine doppelte Herausforderung.



Umkircher Rathaus – Bild: [Andreas Schwarzkopf, CC BY-SA 3.0](#)

Mit Baby im Gemeinderat – Ein Balanceakt

Die letzten Monate waren geprägt von der ständigen Balance zwischen Familie und politischer Verantwortung. Es war nicht im-

mer einfach, aber die Unterstützung meines Umfelds und meine Leidenschaft für die Arbeit im Gemeinderat haben mich durch diese Zeit getragen. Trotz der Herausforderungen habe ich an jeder Sitzung teilgenommen und mich intensiv auf die Themen vorbereitet.

Herausforderungen und Erfolge

Trotz der anspruchsvollen Situation habe ich die Chance genutzt, mich politisch und persönlich weiterzuentwickeln. Die letzten Monate haben mir gezeigt, wie wichtig es ist, Verantwortung zu übernehmen, aber auch, wie wertvoll es ist, eine gute Unterstützung im Team zu haben. Und nicht zuletzt habe ich gelernt, dass eine solide Vorbereitung und das stetige Engagement für die Anliegen der Bürger*innen der Schlüssel zu erfolgreichen Sitzungen und Entscheidungen sind.

Seit sechs Monaten bin ich Teil des Gemeinderats – eine intensive und lehrreiche Zeit voller spannender Projekte und Herausforderungen. Wer die Themen bei uns in Umkirch im Detail kennenlernen möchte, der kann dies auf unserer Homepage nachlesen. Es ging unter anderem um die Hebesätze, den Vorplatz des Jugendzentrums, ein Sport- und Freizeitstättenkonzept, Trinkbrunnen, die Flüchtlingsunterbringung und eine neue Fahrradstraße.

Insgesamt standen 7 Gemeinderatssitzungen und 2 Klausursitzungen auf der Agenda. Jede dieser Sitzungen war geprägt von intensiven Diskussionen und wichtigen Ent-

scheidungen für die Zukunft unserer Gemeinde. 772 Seiten an Sitzungsunterlagen galt es durcharbeiten – eine enorme Menge an Informationen, die eine umfassende Vorbereitung erforderten. Ich habe unzählige Stunden damit verbracht, diese Dokumente zu lesen, zu verstehen und die Themen zu analysieren, um in den Sitzungen konstruktiv und gut vorbereitet beitragen zu können.



Eine der größten Herausforderungen des Gemeinderats in den kommenden Jahren wird es sein, den Haushalt im Blick zu behalten und gleichzeitig die ambitionierten Ziele unserer Gemeinde umzusetzen. Trotz eines angespannten Haushalts müssen wir sicherstellen, dass wichtige Projekte nicht nur fortgeführt, sondern auch erfolgreich abgeschlossen werden. Dabei ist es entscheidend, effizient mit den vorhandenen

Mitteln umzugehen und gleichzeitig langfristig für zukünftige Investitionen, wie das Sport- & Freizeitstättenkonzept, zu sparen.

Das gehen wir nun an: Gleich Ende Januar geht es wieder in Klausur und bis zum Sommer sind weitere sieben Ratssitzungen geplant. Ich kann alle nur einladen, Sitzungen in der Heimatgemeinde zu besuchen und sich selbst ein Bild von der Arbeit des Gemeinderats zu machen. Ihre Meinung ist den Mitgliedern im Gremium wichtig und fließt in die Entscheidungen des Rates ein.

Ungenügender Inflationsausgleich für Rentner: Eine wachsende Belastung

von Sigrid Hilfinger

Kreisvorsitzende AG60+ Breisgau-Hochschwarzwald

Die finanzielle Situation vieler Rentnerinnen und Rentner in Deutschland wird zunehmend prekär. Trotz der geplanten Rentenerhöhung von 3,5 Prozent im kommenden Jahr sind die steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere die Erhöhungen der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, kaum zu bewältigen.

Die Inflation hat in den letzten Jahren ein Niveau erreicht, das weite Teile der Bevölkerung vor immense Herausforderungen stellt. Für Rentnerinnen und Rentner, die

auf ein festes Einkommen angewiesen sind und keine Möglichkeit haben, ihr Budget durch zusätzliche Einnahmen zu erhöhen, bedeutet dies einen stetigen Verlust ihrer Kaufkraft. Die Erhöhungen der Renten, die als Inflationsausgleich dienen sollen, hinken den realen Preissteigerungen in den Bereichen Energie, Lebensmittel und Wohnen deutlich hinterher.



Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass gleichzeitig die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung steigen sollen. Diese zusätzlichen Kosten treffen Rentnerinnen und Rentner besonders hart, da diese Ausgaben unvermeidbar und oft sogar existenziell sind. Viele ältere Menschen müssen bereits jetzt jeden Cent umdrehen, um den Alltag zu finanzieren.

Die geplante Rentenanpassung reicht bei Weitem nicht aus, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die zusätzlichen Belastungen durch Sozialabgaben zu kompensieren. Es droht eine wachsende Ungleichheit, bei der diejenigen, die jahrzehntelang in die Gesellschaft eingezahlt haben, zunehmend abgehängt werden.

Es bedarf dringend weitergehender Maßnahmen, um Rentnerinnen und Rentner vor finanzieller Not zu schützen. Dazu könnten eine stärkere Anpassung der Renten an die tatsächliche Inflation, ein Absenken oder

Deckeln der Sozialversicherungsbeiträge für diese Bevölkerungsgruppe oder direkte Entlastungen durch Zuschüsse und Steuererleichterungen gehören.

Verschiedene Rentnerverbände und soziale Organisationen fordern daher eine umfassendere Reform der Rentenpolitik, um sicherzustellen, dass Rentner nicht nur vor Inflation geschützt sind, sondern auch von den wirtschaftlichen Entwicklungen profitieren können.

Die Politik steht hier in der Verantwortung, schnell und entschlossen zu handeln. Ein Land, das seinen Ältesten nicht den verdienten Ruhestand ermöglichen kann, läuft Gefahr, Vertrauen und soziale Stabilität zu verlieren.

Wahlkampf heisst Plakate

... und deshalb hier einfach ein paar Fotos von fleißigen Genoss:innen beim Plakate festzurren.









Die Mär von unserer Faulheit

von Oswald Prucker

Sprunghaft gestiegene Krankheitszahlen. Das kann ja nur einen Grund haben: Die Arbeitnehmer werden immer fauler und machen massenhaft blau und sind damit

selbstverständlich schuld an der wirtschaftlichen Misere. Dagegen müssen wir vorgehen und deshalb ist es am besten, dass wir wieder einen Karenztag einführen: Der erste Krankheitstag geht auf Kosten der faulen, krankfeiernden Arbeitnehmer. Jawoll. So schlägt es der Allianz-Chef vor.

Schauen wir aber mal auf die Realität und das hat die DAK gemacht. Schon stellt man fest: Der größte Teil der zusätzlichen Krankheitstage ist schlicht technisch bedingt: Früher musste man die Krankmeldung eigentlich auch an die Krankenkasse melden. Das habe viele halt nicht getan und landeten damit nicht in der Statistik. Jetzt geht das automatisch online. Zack, schon gibt es mehr Kranke. Ein weiterer Teil ergibt sich aus der schlichten Tatsache, dass sich immer mehr Menschen schon ab dem 1. Tag krankmelden, obwohl sie das gar nicht müssten. Die Menschen rechnen also schon mit dem Misstrauen der Chefs. Und dann gab es halt in der letzten Zeit ein paar Krankheitswellen. Muss ja nicht immer eine Pandemie sein.

Was tatsächlich hinter dem Vorstoß des Allianz-Chefs steckt, hat Marcel Fratzscher, der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), sehr trefflich so zusammengefasst:

„Wir sind mitten in einem Verteilungskampf, bei dem jeder gegen jeden kämpft - Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber. Die Arbeitgeber erheben den Vorwurf, die deutschen Menschen sind faul, die müssten mal

mehr arbeiten, die müssten mal wieder mehr Überstunden machen, man muss endlich mal die Spitzenverdiener steuerlich entlasten und Menschen mit geringem Einkommen sollen mal härter arbeiten.“



Klar. Es gibt Leute, die gern mal blaumachen. Wir alle haben da bestimmt ein paar Namen im Kopf. Die gab es aber schon immer. Wir sollten uns da nix einreden lassen.

Mittelschicht statt Millionäre!

von Tanja Kühnel

Wir entlasten Millionen der Mittelschicht – nicht eine Hand voll Millionäre!

Bisher konnten wir es nur behaupten, jetzt ist es schwarz auf weiß: Das angesehene Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat für die Süddeutsche Zeitung die Programme der Parteien berechnet.

Das Ergebnis spricht Bände:

SPD: Mit Sicherheit mehr Netto für die Mittelschicht und Menschen mit niedrigem Einkommen – und das ist auch finanziert.



CDU: Entlastung für die oberen 10 % – besonders für Millionäre. Dazu ein 100 Milliarden Euro großes Finanzierungsloch – und das ist nicht mal finanziert.

Teilt diese Fakten, damit alle sehen, wer wirklich Politik für die Mehrheit der Mittelschicht macht!

Mehr Infos findest du hier:



[Bericht der Süddeutschen Zeitung \(€\)](#)



Europa Update

von Oswald Prucker

Vivien Costanzo hat eine einfache Möglichkeit geschaffen, wie wir uns über alles auf dem Laufenden halten können, was mit Europa zu tun hat.

Sie betreibt einen WhatsApp-Kanal und berichtet darauf mit schöner Regelmäßigkeit, was in Strassbourg und Brüssel so passiert.



Regelmäßig zwar, aber ohne Nachrichtenflut. Sie schreibt selbst: „... wie angekündigt, bemühe ich mich hier, euch ein bisschen mitzunehmen, ohne euch komplett mit Nachrichten zu fluten.“

Einfach hier abonnieren:



[WhatsApp-Kanal von Vivien Costanzo](#)

IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Tanja Kühnel und Oswald Prucker,
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg

Redaktion: O. Prucker und T. Kühnel

Termine, Termine Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

 3. Februar und 11. März

 19:00 Uhr

 Wirtshaus Perron, Bahnstraße
4, Breisach (am Bhf. Breisach)

A red poster for the 'KREISSTAMMTISCH KAISERSTUHL - TUNIBERG - MARCH'. It features two wine glasses with 'SPD' written on them. The text on the poster includes the date '3. Februar ab 19 Uhr', the location 'Bahnhofsgaststätte Perron in Breisach', and the SPD logo at the bottom right. The website 'WWW.SPD-BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD.DE' is printed at the bottom left.

KREISSTAMMTISCH
KAISERSTUHL - TUNIBERG - MARCH

**>>> 3. Februar
ab 19 Uhr
Bahnhofsgaststätte
Perron in Breisach**

SPD
BREISGAU
HOCHSCHWARZWALD

WWW.SPD-BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD.DE

Hochschwarzwald

- 26. Februar und 26. März
- 19:00 Uhr
- Hotel Jägerhaus, Titisee-Neustadt

Digitaler Kreisstammtisch

- 10. Februar und 13. März
- 19:00 Uhr
- Ab sofort über Big Blue Button:
<https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mc-fht-seq>

Demo gegen Rechts

- 1. Februar
- 14:00 Uhr
- Kirch-/ Rathausplatz Bad Krozingen

Für Demokratie
„Nie wieder“ ist jetzt!

Ein breites Bündnis von Vereinen, Parteien und Institutionen ruft anlässlich der Bundestagswahl zu einer Kundgebung für Demokratie und Menschenrechte auf.

Demokratisch wählen und zur Kundgebung gehen!

Sa. 01. Februar 2025 14:00 Uhr
Kirch-/ Rathausplatz Bad Krozingen

mit Pfarrer Rolf Kruse - Dr. Birte Könnecke - Liedermacher WoGer

SPD **Freie Demokraten FDP** **CDU**

Evangelische Kirchengemeinde Bad Krozingen **AMNESTY INTERNATIONAL** **FÖRDERVEREIN** **Seelsorgeeinheit Bad Krozingen - Hartheim** **Heiterkreis Integration Bad Krozingen**

Lothar Binding kommt

- 3. Februar
- Ab 19:00 Uhr
- Bad Krozingen

SPD 60plus
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD

LOTHAR BINDING KOMMT

Montag 03.02.2025 um 19.00 Uhr Bad Krozingen

Vortrag "Achtsamkeit - Alle Generationen im Blick"
Ratssaal Josefs Haus, Basler Str. 1, 79189 Bad Krozingen

www.spd-senioren-breisgau-hochschwarzwald.de **SPD** Soziale Politik für Dich

Kreisparteitag

- 8. März
- 14:00 Uhr
- Wird noch bekannt gegeben.

Bitte den Termin schon mal vormerken, die Details folgen.

